

 POLITIK

# Was der Diplomat Hoffmann bei seiner „Abrechnung mit Kanzler Merz“ außer Acht lässt

Der Botschafter a.D. Hellmut Hoffmann kritisiert in der Berliner Zeitung Kanzler Merz für dessen Ukraine-Politik. Unser Autor sieht sich zu einer Replik veranlasst.

Klaus Wittmann

16.08.2025 ·  17.08.2025, 11:41 Uhr



Bundeskanzler Friedrich Merz

Kay Nietfeld/dpa

**D**er Titel des in der Berliner Zeitung erschienenen Beitrags von Botschafter a.D. Hellmut Hoffmann „Der eigenen Propaganda aufgesessen“, in dem er „mit Kanzler Merz abrechnet“, lässt sich gut auf ihn selbst anwenden. Jedenfalls verlangt die Abhandlung geradezu nach einer Erwiderung. Denn Hellmut Hoffmann gehört sichtlich zu denen, welche die Ukraine „nur mit russischen Augen“ betrachten, wogegen der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Professor Karl Schlögel, mit Recht häufig wettert.

## Zwei Sichten auf Russlands Verhalten

Hellmut Hoffmann will nicht den „Russland-Verstehern“ zugerechnet werden. In einem anderen Sinne als dem gemeinten ist er wohl auch keiner. Dabei wäre „Russland (und Wladimir Putin) zu verstehen“ heute dringlicher denn je. Manchen Verharmlosern der

revisionistischen, neoimperialistischen und kolonialistischen Antriebe für Russlands aggressive Expansionspolitik muss man neben beschämender Empathielosigkeit für das von der Vernichtung bedrohte ukrainische Volk eine erschütternde Blindheit gegenüber Putins Zielen bescheinigen. Auch für Hoffmann scheint dessen Handeln eine verständliche (gar akzeptable?) Reaktion auf westliche Aktionen zu sein.

Zwei Versionen der westlichen Sicht auf Russlands Verhalten werden vorgestellt: „revisionistisch-imperialistische Agenda“ vs. Ablehnung eines „Anti-Russlands an der Grenze“. Hoffmanns Sympathie für das zweite „Deutungsmuster“ ist deutlich: Ein „hochgerüstetes westliches Bollwerk an Russlands Haustür“ lehnt er offenbar wie Putin ab, was die verharmlosenden Beschreibungen bekunden. Da dies „auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen war“, habe sich Putin „zu einer militärischen Intervention entschlossen“ und „nutzt dabei die Gelegenheit, sich Gebiete in der Ost-Ukraine zu sichern, die er wegen vorwiegend russischer Besiedelung und willkürlicher Grenzregelung aus sowjetischer Zeit glaubt beanspruchen zu können“.

Hier ist ein Wort über den Charakter dieser „militärischen Spezialoperation“ am Platze – nicht zuletzt, weil man sich vielerorts schon daran gewöhnt zu haben scheint, dass hier „zwei Kriegsgegner“ (ein deutscher Diplomat sprach gar von „zwei Streithähnen“) ihre Kräfte messen, beide mit „Maximalzielen“. In Wirklichkeit handelt es sich um eine brutale Unterwerfungsoffensive Russlands gegen sein Nachbarland. Das russische Ziel ist die Eroberung der Ukraine sowie die Zerstörung ihrer nationalen Identität und Kultur, wozu jedes Mittel recht ist, einschließlich ständiger Terrorangriffe auch gegen Bevölkerung und zivile Infrastruktur. Das „Ziel“ der Ukraine besteht schlicht darin, dies zu verhindern.

Wenn Hoffmann „Siegfrieden“ und „Kompromissfrieden“ gegeneinanderstellt, muss er sich fragen lassen, wo er zwischen Vernichtungsabsicht und Überlebenswille eine Möglichkeit zum „Kompromiss“ sieht. Die Forderung, dass „das Sterben aufhören“ müsse, ist allgemein und nachvollziehbar. So undifferenziert bringt sie aber auch die ungute Gleichsetzung von Aggressor und Angriffsoffer zum Ausdruck, sofern ausgeblendet wird, dass jede und jeder Tote bzw. Verwundete in diesem Krieg auf Putins Konto geht. Dieser Krieg ist verbrecherisch nach Absicht und Ziel (jus ad bellum) sowie nach den kriegsvölkerrechtlichen Methoden (ius in bello).



**OS** Realismus ist nicht das Gegenteil von Friedenspolitik – eine Replik auf die Kritik am SPD-Manifest

Open Source 29.07.2025





## **OS** Replik eines Erstunterzeichners: Deshalb ist die Kritik am SPD-Manifest unangebracht

Open Source 16.07.2025



Und wenn – auch von westlicher Seite, die Ukraine als Objekt betrachtend – von oben herab gesagt wird, ohne Gebietsabtretungen werde es für sie nicht abgehen, so ist auf Folgendes hinzuweisen: „Abzutretende Gebiete“ sind nicht abstrakte Landstriche, sondern die Heimat von Millionen ukrainischen Menschen.

Wie es denen unter russischer Herrschaft geht, ließ sich schon nach Beginn des Donbass-Krieges 2014 beobachten, und seit der Invasion hat es den Charakter brutalster Russifizierung angenommen: Drangsalierung nichtkonformer Ukrainer, Folterkeller, Verschwindenlassen von Kommunalpolitikern und vieles mehr bis hin zur Deportation zehntausender Kinder, deren Personalpapiere zerstört werden und die unter „neuem“ Namen in russischen Familien oder Heimen landen, wenn nicht teilweise sogar eines Tages in den russischen Streitkräften.

### **Kooperative Sicherheit**

Der Verfasser dieser Zeilen neigt also eindeutig Hoffmanns erstem „Deutungsmuster“ zu. Er hat selbst – an maßgeblicher Stelle im Nato-HQ und später publizistisch – jahrelang Ideen für kooperative Sicherheit mit Russland entwickelt. Dass jetzt Sicherheit vor Russland wieder im Vordergrund steht, hat sich seine Führung zuzuschreiben, die eigentlich einsehen müsste, dass dies nicht im eigenen Interesse ist. Bei der zitierten Nato-Russland-Grundakte war das zentrale Element übrigens nicht die westliche Selbstbeschränkung bei Truppenstationierungen auf dem Territorium der Neumitglieder (die bis zur russischen Ukraine-Invasion akkurat eingehalten wurde), sondern die gegenseitige Versicherung zwischen Russland und der Nato, einander nicht mehr als Gegner zu betrachten.

Wenn das militärische Eingreifen der Nato im Kosovo als Grund für russisches Verlassen dieser „Geschäftsgrundlage“ genannt wird, so gehört zur historischen Wahrheit, dass 1998 bei den verschiedenen UN-Sicherheitsrat-Resolutionen zur serbischen Drangsalierung und Vertreibung der Kosovo-Albaner („ethnische Säuberung“) es Russland war, das die Bewehrung dieser Resolutionen an die Adresse des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević mit der Androhung militärischer Gewalt verhinderte. Wären die Resolutionen nicht dadurch „zahnlos“ gewesen, hätte der Kosovokrieg nicht stattgefunden.

Die Nato-Russland-Grundakte entsprach dem Geist der Schlussakte von Helsinki 1975, bei deren Erwähnung Hoffmann sich beschränkt auf die vorangegangene Konferenz für

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die er lediglich als Beispiel für einen erfolgreichen Verhandlungsprozess heranzieht. Unerwähnt bleibt die Bedeutung der dort beschlossenen Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung, die 1990 in der Charta von Paris bekräftigt wurden: souveräne Gleichheit der europäischen Staaten, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen, friedliche Streitbeilegung, Freiheit der Bündniswahl. Kein Fehler, den die USA, die EU, die Nato gemacht haben mögen im Umgang mit Russland rechtfertigt die Zertrümmerung dieser Ordnung durch Präsident Putin und seinen brutalen Angriffskrieg.



Dolmetscher Viktor Sukhodrev, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Leonid Breschnew, Außenminister der UdSSR Andrej Gromyko und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU Konstantin Tschernenko (v.l.n.r. vorn) nehmen an der Abschlussitzung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Finlandia-Palast teil.

Vladimir Musaelyan/Valentin Sobolev/imago

## Putins Motivlage

Ein wirklicher „Putin-Versteher“ muss sich Gedanken über dessen Motivlage machen. Nach Überzeugung des Autors dieser Replik sind die russischen Sicherheits-„Interessen“ gegenüber der völlig defensiven Nato eher politisch-psychologische „Befindlichkeiten“: Status, Demütigungskomplex als Verlierer im Kalten Krieg, imperialer Phantomschmerz (der Zerfall der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“), Frustration darüber, von den USA nicht als gleichrangige Großmacht wahrgenommen zu werden (was nun durch Störpotential und Verhinderungsmacht einer obstruktiven „spoiler nation“ erzwungen werden soll). Das ist überwölbt von Neoimperialismus, Kolonialismus, Revanchismus, und viele übersehen, dass früher die Sowjetunion die Status-quo-Macht war und der Westen „revisionistisch“ (wenngleich mit friedlichen Mitteln). Heute ist es umgekehrt, und das revisionistische Russland setzt bedenkenlos militärische Macht zu diesem Zweck ein.

Aber im Kern geht es um Putins tiefsitzende Furcht, der „demokratische Virus“ könne sein Volk infizieren. Eine demokratische Ukraine mit lebendiger Zivilgesellschaft, dazu noch dem Westen zugewandt, muss er als existenzielle Bedrohung seines Herrschafts- und

Machtsystems betrachten. Haben es doch die sogenannten Farbenrevolutionen sogar in die russische Sicherheitsdoktrin geschafft als Sicherheitsbedrohung für Russland. Die Repression im Innern nahm Fahrt auf nach den Massendemonstrationen in vielen russischen Städten 2011/12 nach der gefälschten Duma-Wahl und Dmitri Medwedews Ablösung durch Putin als erneuten Präsidenten. Und beim Anblick der Fernsehberichte vom Flanieren der Kiewer Bevölkerung durch Garten und Palast des gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowitsch brach im Kreml Panik aus. „Putin“, schrieb ein deutscher Journalist, „hat nicht Angst vor der Nato, sondern vor dem eigenen Volk.“

Eigentlich ist die Erkenntnis, dass Putin nach einem Sieg über die Ukraine dort nicht haltmachen würde, Allgemeinut. Er würde Georgien und Moldawien vereinnahmen und – je nachdem, als wie schwach und uneinig er die Nato empfände – diese auch militärisch testen. Zumindest ist so etwas nicht ausgeschlossen. Dass Schwächung und Spaltung von Nato und EU sowie Gefügigkeit, tendenziell Unterwerfung, eines möglichst großen Teils von Europa zu seinen Zielen zählt, darf als ausgemacht gelten. Hat der russische Präsident doch in seinen Schreiben an Nato und US-Regierung vom 17. Dezember 2021 nicht etwa freundliche Verhandlungsangebote gemacht, sondern geradezu ultimative Ziele verlautbart, die im Grunde auf eine Wiederauflage der Breschnew-Doktrin hinauslaufen. Und dass die Zerstörung der europäischen Sicherheitsordnung nur als Vorstufe zur „Neuordnung“ der Welt gilt, ist sozusagen Programm autoritärer Mächte wie Russland und China.

### **Haushoch überlegene Nato?**

Auf die „haushohe militärische Überlegenheit“ der Nato über Russland weist Botschafter Hoffmann bei vielen Gelegenheiten immer wieder hin. Doch lässt die sich nicht lediglich aus der „Erbsenzählerei“ der Rüstungskontrolleure ableiten.

Denn die Nato ist kein Monolith wie Russland, sondern hat 32 Mitglieder mit teilweise sehr unterschiedlichen Bedrohungspereptionen. Deren Rüstungsindustrien machen sich größtenteils Konkurrenz mit viel zu vielen Panzern, Flugzeugen, Schiffen. Die Infragestellung der Beistandsgarantie durch den an „Normalisierung“ der Beziehungen zu Russland interessierten US-Präsidenten Donald Trump enthüllt die Abhängigkeit der Europäer von amerikanischen Schlüsselfähigkeiten („enablers“). Da, aber auch bei den in den hoffnungsfrohen Jahrzehnten massenhaft abgeschafften traditionellen Waffensystemen gibt es riesigen Nachholbedarf.

Ein Element russischer (zumindest regionaler) militärischer Überlegenheit ist die Bereitschaft zu bedenkenloser brutaler Anwendung militärischer Gewalt – wozu die Nato strukturell und politisch nicht fähig wäre (auch nicht im Sinne von präventivem Einsatz). Russland hat überdies den Vorteil der „inneren Linie“; die Nato müsste in einem militärischen Konflikt umfangreiche Reserven über große Entfernungen heranzuführen. Und natürlich entspricht Hoffmanns übertriebene Unterstellung, die Nato gehe von einem „spätestens in fünf Jahren zu erwartenden imperialistischen Angriff auf uns alle“ aus, nicht

der Realität. Aber beispielsweise im exponierten Baltikum sind viele Szenarien denkbar: intensivierete hybride Kriegführung, paramilitärische Vorstöße, Faustpfandangriffe, Aktionen, die im Nato-Rat Zweifel bewirken würden, ob es sich um einen Artikel-5-Beistandsfall handelt. Wenn sich dann beispielsweise „Kein Weltkrieg für Narva“ durchsetzte, wäre die Nato am Ende.

Eine militärische Bedrohung ergibt sich aus Fähigkeiten und Absichten. Der massive Aufbau der russischen militärischen Fähigkeiten ist offensichtlich. Absichten lassen sich aus Putins proklamierten Zielen ableiten, aber sie sind beeinflussbar durch eigene militärische Stärke und Verteidigungsplanung. Das nennt man Abschreckung, deren Kern in ihrer Glaubwürdigkeit besteht. Es geht darum, Putin von jederlei militärischem Abenteuer abschrecken. Hätte er nicht sinistre Ziele für die Zukunft, auf welche die Nato sich einstellen muss, wären Russlands immense, volkswirtschaftsschädliche Rüstungsproduktion und die weitere personelle Verstärkung ja äußerst sinnlos. Also wozu? Jedenfalls sind Putin gegenüber Beschwichtigung, Entgegenkommen, Zugeständnisse kontraproduktiv.



Dieses von der russischen staatlichen Agentur Sputnik verbreitete Poolfoto zeigt eine Flaggenzeremonie an Bord des neuesten strategischen Atom-U-Boots vom Typ Projekt 955A (Borey-A), der „Knyaz Pozharsky“, in Sewerodwinsk am 24. Juli 2025.

Alexander Kazakov/POOL/AFP

## Die Ukraine weiter stärken

Das gilt auch für die Ukraine. Hoffmann lehnt einen „Siegfrieden“ ab, wozu man wohl erklären muss, dass „Sieg“ über Russland in diesem Zusammenhang nicht bedeutet, Russland zu besetzen wie Nazi-Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern es zum Verlassen geraubten Territoriums zu veranlassen. Die beispielsweise von Schara Wagenknecht und ihren Referenz-Generalen Kujat und Vad seit Offensivbeginn propagierte Unbesiegbarkeit Russlands war ein Nimbus, der spätestens mit dem ukrainischen Angriff auf Kursk samt der völlig hilflosen russischen Reaktion zerstoßen ist. Hätte die Ukraine rechtzeitig genügend Kampf- und Schützenpanzer, Artillerie und Munition erhalten, um im

Herbst 2022 die spektakulären Gegenangriffserfolge bei Cherson und Charkiw auszuweiten, oder zeitgerecht weitreichende Waffen wie den Marschflugkörper Taurus zur nachhaltigen Beeinträchtigung von Führungsfähigkeit, Abschüssen und Nachschub auf russischer Seite, sähe es für sie ganz anders aus. Da ist es wohlfeil, über die „seit mehr als drei Jahren verschlechterte“ Lage der Ukraine zu sinnieren.

Aber obwohl Putin hinsichtlich seiner ursprünglichen Ziele schon verloren hat und mit seinem System „Masse statt Klasse“ sowie unter horrenden Verlusten an Personal und Material im Osten nur „kriechende“ Fortschritte macht, hält sich der Nimbus. Und die Defätisten verstärken die Zurückhaltung bei der militärischen Unterstützung der Ukraine in Sinne einer „self-fulfilling prophecy“. Der übervorsichtige US-Präsident Joe Biden und der eskalationsverängstigte Bundeskanzler Olaf Scholz (hinter denen sich natürlich viele andere versteckten) hatten daran fatalen Anteil.

Friedensbemühungen haben geringe Aussichten, solange Trump einem pervertierten „Friedens“-Begriff huldigt (ohne jede Empathie für das ukrainische Volk) und der Kreml seine Maximalforderungen schon zur Vorbedingung ernsthafter Verhandlungen erklärt: „Entnazifizierung“, Entmilitarisierung, Neutralität, Räumung der vier auf dem Papier der russischen Verfassung schon „russischen“ Oblaste, „Anerkennung der territorialen Realitäten“. Und wenn Putin oder Lawrow von den „Wurzeln des Konflikts“ reden, meinen sie den Wunsch freier Staaten, zum Westen zu gehören, und im Grunde die schiere Existenz der Ukraine. (Und man gebe sich nicht der Illusion hin, den baltischen Staaten würde er ein größeres Recht auf eigene Staatlichkeit zugestehen.)

Der Westen muss die Ukraine weiter stärken, und zwar nicht nur „so lange wie nötig“, sondern mit allem Erforderlichen und zeitgerecht. Putin spiegelt Verhandlungsbereitschaft nur vor und agiert hinhaltend. Allerdings ist er glasklar im Ausdruck seiner Ziele, das kann man fast ehrlich nennen. Aber sonst?



Der russische Präsident Wladimir Putin signiert einen Globus während einer Sitzung des Kuratoriums der Russischen Geografischen Gesellschaft.

Alexei Druzhinin/imago

## **Lügt Putin?**

„Lügt Putin? Wir können es nicht wissen“, postuliert Hoffmann und stellt zu Putins Umgang mit der Wahrheit die rhetorische Frage, ob „die Kategorie der Lüge in politisch-militärischen Zusammenhängen überhaupt angemessen“ sei. Dabei nutzt er zur Relativierung die längst widerlegte Behauptung, Boris Johnson habe Wolodymyr Selenskyj die Annahme des angeblichen Istanbul „Verhandlungsfriedens“ im Frühjahr 2022 ausgedreht und dies bestritten.

In einem eklatanten Fall zeigt sich seine Leichtgläubigkeit gegenüber Putin-Aussagen, für deren Anzweiflung er westliche Politiker schilt. Bei seinem Auftritt auf dem Petersburger Wirtschaftsforum Mitte dieses Jahres habe Putin doch darauf hingewiesen, dass die Ukraine in ihrer Unabhängigkeitserklärung sich „zu Neutralität und Ungebundenheit verpflichtet“ habe. Der Blick in die Quelle erweist allerdings, dass die Unabhängigkeitserklärung vom 24. August 1991 nichts dergleichen enthält, sondern kurz und knapp nur folgendes feststellt: „Der Oberste Sowjet der Ukrainischen SSR erklärt feierlich: Die Ukraine wird zu einem unabhängigen, demokratischen Staat. Auf dem Territorium der Ukraine gelten ausschließlich die Verfassung und die Gesetze der Ukraine. Diese Erklärung tritt mit ihrer Bestätigung durch das Referendum in Kraft.“

Es gibt viele weitere Beispiele, wo „Experten“ sich von dem erfahrenen KGB-Mann Putin für dumm verkaufen lassen. In diese Kategorie gehört auch Hoffmanns hochfahrende Behauptung bezüglich des von Geschichtsklitterung strotzenden Putin-Essays vom Juli 2021 über die „historische Einheit der Russen und Ukrainer“: Kritiker hätten wegen der Langatmigkeit des Textes „womöglich die Lektüre abgebrochen“, an dessen Ende Putin doch „den Wunsch der Ukrainer nach einem eigenen Staat ausdrücklich anerkenne“. Dabei verweise er „auf die Beziehungen zwischen den ebenfalls aus gemeinsamer Geschichte hervorgegangenen Staaten Deutschland und Österreich als ein Beispiel konstruktiver Nachbarschaft“. Wie naiv muss man sein, das zum Nennwert zu nehmen, darauf Hoffnung auf gutnachbarschaftliche russische Politik zu schöpfen, nicht zu erkennen, dass eine solche Gleichberechtigung statt Unterordnung der Ukraine für Putin völlig undenkbar wäre, und zu schreiben: „Hätte viel Unheil abgewendet werden können, wenn der Artikel zu Ende gelesen worden wäre?“ Putin fährt ja fort, man habe Verständnis, wenn die Ukraine ihre nationalen Interessen verteidige, aber nicht als „Werkzeug in den Händen eines anderen, der uns bekämpft“. Wann das der Fall ist, bestimmt natürlich er.

## **Es gab mannigfache Angebote zu Kooperation und Inklusion**

Richtig ist bei alledem, dass man Putins Wutrede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 mit dem dramatischen Ausdruck seiner Verletztheiten und Großmachtambitionen hätte ernster nehmen müssen – aber nicht unbedingt oder gar allein hinsichtlich der völlig einseitigen Kritik am Westen, sondern um eine realistischere Politik zu betreiben und sich besser zu wappnen. Der Westen hat vielleicht nicht alles richtig

gemacht, aber auch nicht alles falsch – bis hin zur Grundakte gab es mannigfache Angebote zu Kooperation und Inklusion –, und viele Bemühungen gezeigt, den sowjetischen, dann russischen Stolz zu schonen.

Hoffmann bedient dagegen das völlig verzerrte Opfer-Narrativ, Russland sei vom Westen ständig zurückgestoßen und abgelehnt sowie durch die Nato-Erweiterung bedroht worden. Übergroßes Verständnis für Putin ist fehl am Platz; vielmehr muss das Verbrecherische dieses furchtbaren Krieges ständig und noch stärker angeprangert werden. Seit dem Zweiten Weltkrieg war nie so klar wie in diesem Krieg, wer Aggressor und wer Angriffsoffer ist. Was heißt da „Freund-Feind-Denken“?

Noch einmal der Friedenspreisträger Karl Schlögel: „Wie kann Europa zusehen, wenn Städte wie Kiew, Odessa und Charkiv aus der Luft zerstört werden!“

*Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam. *

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](http://berliner-zeitung.de) veröffentlicht.